

schrumpften zusammen und an manchen Orten nahmen nur noch 0,5 bis 1 Prozent der vielfach „anonymen“ Christen am gottesdienstlichen Leben der Kirche teil. Unter solchen Umständen ist es natürlich schwer, Aussagen über die Zukunft der Kirche in der DDR zu machen.

Die *katholische Kirche* scheint dem Schrumpfungsprozess in weit geringerem Maß zu unterliegen. Das hängt gewiß mit ihrer jahrhundertelangen Diaspora-Situation zusammen. Man erwartet hier auch vom IX. SED-Parteitag keine einschneidenden Verände-

rungen. Dabei mag die ganz anders geartete Position der Kirche im römischen Verbund mitsprechen. Ost-Berlin ist nach wie vor daran interessiert, das begonnene Gespräch mit dem Vatikan nicht abreißen zu lassen. In diesem Jahr stehen weitere Veränderungen innerhalb der kirchlichen Jurisdiktion an, die von der SED als Entgegenkommen gegenüber den eigenen Wünschen gewertet werden müssen. Kurzfristig befürchtet man keine für die Kirche restriktiven Veränderungen. Aber eine Prognose über das Jahr 1980 hinaus wagt niemand.

E.-A. J.

das Fehlschlagen aller bisherigen Familienplanungsprogramme in Indien und fügte hinzu: „Das Bevölkerungswachstum ist in gewisser Weise die schlimmste Form von Inflation, weil es den Wert aller ökonomischen Gewinne mindert.“

## Erdrückende Fakten

Die Regierung sieht sich der Tatsache gegenüber, daß Indien heute bereits eine Bevölkerung von 604 Millionen hat, während es vor 30 Jahren nur 300 Millionen waren. Jährlich werden derzeit durchschnittlich 22 Millionen Kinder geboren. Dies bedeutet ein reales Bevölkerungswachstum von 12 bis 13 Millionen. Zwar konnte die Geburtenrate durch die bisherigen Programme von 4,17 Prozent im Jahre 1961 auf 3,4 Prozent 1975 gesenkt werden, doch reicht dies nicht aus, um zu verhindern, daß noch vor dem Jahr 2000 die Milliardenengrenze überschritten wird. Die jetzt in Angriff genommenen Programme der Regierung sehen eine Senkung der Geburtenrate innerhalb der nächsten 10 Jahre auf 2,5 Prozent vor, ein Ziel, das ursprünglich für 1978 anvisiert war. Nach groben Schätzungen müßten bei anhaltendem Wachstum derzeit jährlich 125 000 neue Schulen, 2,5 Millionen neue Häuser und 4 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden, ganz zu schweigen von der enormen Erhöhung der Getreideproduktion. Und das alles angesichts der Tatsache, daß heute bereits die Hälfte aller Inder unterhalb der Armutsgrenze leben.

## Zwangssterilisation in Indien?

Anfang des Jahres gab es zwar bereits Gerüchte, daß sich die indische Regierung zu Zwangssterilisationen als letztem Mittel gegen das unaufhörlich steigende Bevölkerungswachstum entschließen werde, doch wollte damals noch niemand so recht an die Verwirklichung dieser radikalen Maßnahme glauben. Inzwischen steht fest, daß die Zentralregierung in Neu-Delhi den Bundesstaaten nichts in den Weg legen wird, wenn diese entsprechende Gesetze verabschieden. Ministerpräsidentin *Indira Gandhi* hat sich damit geschickt aus der Affäre gezogen. Denn es ist bekannt, daß sie das Bevölkerungswachstum als ungeheure Belastung empfindet, gleichzeitig aber persönlich gegen Zwangsmaßnahmen ist. Der Wandel zeichnete sich Anfang Januar allmählich ab. Am 1. Januar erklärte Frau Gandhi bei einer Sitzung der Kongreßpartei in Chandigarh, ihre Regierung werde einige „schwerwiegende Schritte“ zur Förderung der Familienplanung unternehmen müssen, „die nicht von allen begrüßt werden“ (NCNS, 9. 1. 76). Am 22. Januar präziserte sie diese Aussage vor der Ärztereinigung. Sie sprach von notwendigem „entschlossenem Handeln“, um die Geburtenrate rasch zu senken: „Wir dürfen nicht zögern, auch Schritte einzuleiten, die als drastisch bezeichnet werden könnten. Einige persönliche Rechte müssen in der

Schwebe bleiben zugunsten der Menschenrechte der Nation, nämlich dem Recht auf Leben und dem Recht auf Fortschritt“ (The Tablet, 13. 3. 76).

Doch auch diese Bemerkung ließ noch keineswegs den Schluß zu, Frau Gandhi befürworte Zwangssterilisationen, zumal ihr Gesundheitsminister *Karan Singh* mehrmals ausdrücklich betonte, die Regierung plane derzeit nichts in dieser Richtung. Sie wolle lediglich durch ein weites System von Anreizen bzw. Entzug von Vergünstigungen die Sterilisation „attraktiver“ machen. Nachdem Einzelheiten über Gesetzesentwürfe in verschiedenen Bundesstaaten bekanntgeworden waren, bezeichnete die Ministerpräsidentin selbst diese anvisierten Maßnahmen als „ein wenig drastisch“ (Le Monde, 8. 4. 76). Wenn sie dann aber Anfang April doch ihren Widerstand aufgab, so dürfte dies unter dem Druck der Realität und bestimmter politischer Kreise geschehen sein, an deren Spitze sich immer stärker ihr im letzten Jahr zum „Kronprinzen“ avancierter Sohn *Sanjay Gandhi* zu profilieren versucht. Er zählt augenblicklich zu den schärfsten Befürwortern einschneidender Maßnahmen zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums. Den Druck der Realität verdeutlichte Frau Gandhi kürzlich in einem Interview mit der „Hindustan Times“. Sie beklagte darin

Mit dem in den letzten 24 Jahren mit großem finanziellem Aufwand durchgeführten Regierungsprogramm konnten nach offiziellen Angaben 23,4 Millionen Geburten verhindert werden. Aber nur 17,36 Millionen von den 103,6 Millionen Paaren im Alter von 15 bis 45 Jahren konnten bisher für irgendeine Form von Familienplanung gewonnen werden, wie der Direktor des Instituts für Bevölkerungsstudien in Bombay mitteilte. Da weder die Rhythmus-Methode noch die Spirale oder die Pille wirkliche Erfolge brachten, nahm die Regierung 1967 die frei-



willige Sterilisation von Männern oder Frauen in ihr Programm auf. Als Anreiz wurden Geldprämien oder Transistorradios geboten. Die oft nur schlecht ausgerüsteten Teams zogen übers Land und warben teilweise mit falschen Angaben und Versprechungen „Freiwillige“. Von 1967 bis 1975 sollen insgesamt 17 Millionen Inder sterilisiert worden sein. Viele Beobachter halten diese Angaben jedoch nicht für glaubwürdig, da das Prämiensystem für jeden für die Sterilisation Gewonnenen arge Blüten trieb und überhöhte Angaben über „Erfolge“ ebenso wie Enthüllungen über die Sterilisation alter Menschen bekannt wurden. Besonders aufgeschreckt wurde die Regierung aber durch die statistischen Daten, wonach die freiwilligen Sterilisationen von 3,1 Millionen 1973 auf 1,3 Millionen im Jahre 1975 zurückgingen. Seitdem scheint man den Ausweg in mehr oder weniger erzwungenen Sterilisationen zu suchen.

### Verschiedene Stufen des Zwanges

Die bisher vorliegenden Pläne und Gesetzentwürfe verschiedener Bundesstaaten machen deutlich, daß der auf die Bevölkerung ausgeübte Druck und Zwang sehr unterschiedlich angelegt ist. Die Regierungen von Maharashtra, Punjab, Haryana und Westbengalen sind bisher vorgeschrieben. Sie fordern alle die Sterilisation eines Ehepartners nach dem zweiten oder dritten (Maharashtra) Kind. Die Mittel zur Durchsetzung dieses Zieles dagegen sind sehr unterschiedlich. Sie reichen von bevorzugter Behandlung im Gesundheitswesen und bei der Beschaffung von Wohnungen und Arbeitsplätzen für junge Paare mit nicht mehr als zwei Kindern, von denen sich ein Partner hat sterilisieren lassen, über Entzug von Vergünstigungen jeglicher Art bis hin zum Verlust des Arbeitsplatzes und zu Gefängnishaft bis zu 6 Monaten oder hohen Geldstrafen.

Wenn auch bis zur Stunde noch keines dieser Gesetze in Kraft getreten ist, so wird vielerorts doch schon danach ge-

handelt. Dies hat mittlerweile zu einer Vielzahl von Protesten und Demonstrationen geführt, die jedoch wegen des seit Juni vergangenen Jahres herrschenden Ausnahmezustandes und wegen der damit verbundenen strengen Pressezensur nur wenig Publizität erhalten. Die blutigen Unruhen in der Altstadt von Delhi am 19. April, die zunächst mit Reaktionen auf den Abriss einer Reihe von Häusern in diesem Stadtviertel erklärt wurden, gingen – wie Anfang Mai auch von offiziellen Regierungsstellen verlautete – auf Proteste der überwiegend islamischen Einwohner gegen die Zwangssterilisation zurück (Le Monde, 6.5.76). Schon in Maharashtra hatte eine Moslem-Delegation gegen die Maßnahmen protestiert, da sie gegen die Grundsätze ihrer Religion verstößen. Von islamischer Seite wird lediglich der *coitus interruptus* befürwortet. Der zuständige Chefminister versprach, einen Konsens aller Betroffenen herbeizuführen und nichts gegen den Willen des Volkes durchzuführen. Gleichzeitig behauptete er jedoch, *Acharya Vinoba Bhave*, der Leiter des hinduistischen freiwilligen Sozialdienstes *Sarvodaya*, habe bereits seine Zustimmung für die neue Gesetzgebung erteilt. *Vinoba Bhave* jedoch gab gänzlich andere Erklärungen ab, in denen er ständig die orthodoxe hinduistische Sicht vertrat und Enthaltensamkeit als die beste Lösung hinstellte. Er empfahl den Indern, entsprechend den traditionellen Schriften bis zum 25. Lebensjahr *bramacharya* (geschlechtliche Enthaltensamkeit) zu befolgen und nach dem 40. Lebensjahr *vanastha* (Rückzug vom weltlichen Leben) zu verwirklichen (vgl. Far Eastern Economic Review, 2.4.76).

### Widerstand der katholischen Kirche

Erwartungsgemäß kamen auch von seiten der katholischen Kirche energische Proteste gegen die Zwangssterilisation. Schon auf ihrer gemeinsamen Konferenz Anfang Januar behandelten die indischen Bischöfe die Thematik. Allerdings erfuhr man damals nichts über den Inhalt der Beratungen

(NCNS, 30.1.76). Nicht zuletzt deshalb zogen sie sich aus den Reihen der katholischen Laien des Landes den Vorwurf zu, in entscheidenden die Laien betreffenden Fragen handelten sie ohne jede Konsultation mit diesen. Auch bei der Zusammenkunft einer Delegation der Bischofskonferenz mit der Ministerpräsidentin am 26. Februar (vgl. Fides, 20.3.76), bei der die Bischöfe Frau Gandhi die Grüße der Hierarchie übermittelten und für ihre Bemühungen dankten, das Los der schwächeren Bevölkerungsschichten des Landes zu verbessern, wurde das Thema angeschnitten. Die Bischöfe überreichten eine Denkschrift dazu, doch wurde über die Reaktionen der Ministerpräsidentin ebenfalls nichts bekannt.

Nur wenige Tage später trafen Kardinal *Valerian Gracias* von Bombay und andere Persönlichkeiten der katholischen Kirche mit dem Chefminister des zuständigen Bundesstaates Maharashtra, *S. B. Chavan*, zusammen. Dabei betonten sie, die Kirche befürworte durchaus verantwortliche Elternschaft und sei keineswegs gegen die Ziele einer Reduzierung des Bevölkerungswachstums eingestellt. Zwangssterilisation jedoch sei die „Mißachtung eines grundlegenden Menschenrechts und eine Beleidigung der Menschenwürde“ (NCNS, 15.3.76). Propagiert wurden von der katholischen Delegation bei diesem Anlaß erneut die „natürlichen Methoden der Familienplanung“. Fast zur gleichen Zeit fand im benachbarten Nagpur eine Demonstration von ca. 1000 Katholiken statt, eine bisher einmalige Aktion in diesem Gebiet.

Bei dem allgemein zu beobachtenden Mißtrauen breiter indischer Kreise gegen die vielfältigen Außenkontakte der katholischen Kirche, worin immer noch die Angst vor ausländischer Unterwanderung zum Ausdruck kommt, mußte die publizistische Schützenhilfe durch den „Osservatore Romano“ (*Gino Concetti* am 14.3.76) wie eine Bestätigung dieser Befürchtung wirken. In diesem Artikel war zwar von der Verpflichtung der staatlichen Autorität zu Aufklärung über verantwortliche Elternschaft, ja überraschenderweise sogar von der Pflicht die



Rede, die Paare mit den „notwendigen und angebrachten Mitteln“ dafür zu versorgen, doch über die Zwangssterilisation hieß es, sie sei eine „ernsthafte Verletzung“ des Sittengesetzes: „Der Verlust von Arbeit, Gefängnishaft und Sterilisation sind unmenschliche ... Maßnahmen, die das Gewissen derjenigen besudeln, die sie mit Gewalt oder durch das Gesetz auferlegen.“

Die katholische Strategie in der Frage präzisierter der Präsident der indischen Bischofskonferenz, Kardinal *Lawrence T. Picady* von Kalkutta, in einem Brief an alle indischen Bischöfe (NCNS, 30.3.76). Darin bestärkt er noch einmal die kirchliche Position, wünscht aber gleichzeitig verstärkte Anstrengungen der Kirche, um einen positiven Alternativbeitrag leisten zu können. So soll jede Diözese eigene Zentren zur Unterweisung in natürlicher Familienplanung errichten, und seitens der katholischen Ärzteschaft und der katholischen Krankenhäuser sollen Spezialausbildungs-Programme gestartet werden. Ob dies allerdings als überzeugende Alternative ausreicht, wird sich erst zeigen. Doch immerhin scheint die Zurückhaltung der Regierung in Delhi teilweise auf den Widerstand von religiösen Kreisen zurückzuführen zu sein. Dort ist man wohl auch realistisch genug, um die praktischen Schwierigkeiten der Zwangssterilisation (Überwachung, Kontrolle, Personal) einzuschätzen (vgl. Le

Monde, 18.4.76). In Delhi will man nun verstärkt gegen die hohe Kindersterblichkeit vorgehen, das Heiratsalter für Mädchen von 15 auf 18 Jahre und für Jungen von 18 auf 21 Jahre heraufsetzen und schließlich die Abgeordnetensitze der Gliedstaaten und die finanziellen Zuwendungen an diese auf der Basis der Bevölkerungszählung von 1971 einfrieren, um den „Wettlauf“ um Einfluß und Geld durch hohe Bevölkerungszahlen zu stoppen (NZZ, 21.4.76).

### Zwangsmaßnahmen auch in Singapur

Neben Indien greift jetzt auch die Regierung von Singapur zur Zwangssterilisation als letztem Mittel. Auf zwei Arten wirkt sie sich derzeit laut Gesetz aus. Einmal müssen sich alle ausländischen Arbeitskräfte, die eine Arbeitserlaubnis haben und ein Mädchen aus Singapur heiraten wollen, verpflichten, sich nach dem zweiten Kind sterilisieren zu lassen. Wer sich weigert, dies zu unterschreiben, darf nicht heiraten, verliert seine Arbeitserlaubnis und die Aufenthaltsgenehmigung sowie medizinische und erzieherische Versorgung. Andererseits werden Kinder, deren Eltern sich haben sterilisieren lassen, zu den besten Schulen zugelassen (Far Eastern Economic Review, 2.4.76). Die bisherigen Reaktionen stammen sowohl von Parlamentsab-

geordneten als auch vom katholischen Bischof und 15 katholischen Priestern, die einen offenen Brief an Ministerpräsident *Lee Kuan Yew* richteten (vgl. Le Monde, 27.3.76). Der Protest, dem sich auch das Diözesankomitee für Gerechtigkeit und Frieden anschloß, richtet sich in erster Linie dagegen, daß Sterilisation mit Anreizen oder Strafen verknüpft wird und besonders die unteren Einkommensgruppen betroffen sind: „Personen sind keine Zahlen. Menschenrechte keine Privilegien.“ Die Bevölkerungskontrolle Singapurs werde zunehmend von der Regierung unter qualitativen und weniger unter quantitativen Gesichtspunkten gesehen. Schließlich waren die bisherigen Programme so erfolgreich, daß man in Singapur fast ein Null-Wachstum erreicht hat. Auch aus verschiedenen Äußerungen von Politikern gewinnt man den Eindruck, als gehe es hauptsächlich um eine gezielte Förderung von Bürgern mit „guter Herkunft“. Diese beiden Beispiele aus Asien zeigen einen Trend an, der sicherlich weitere Kreise ziehen wird. Angesichts dieser Entwicklung ist es eher überraschend, daß die katholische Kirche auf den Philippinen noch ihren Einfluß geltend machen konnte (vgl. Far Eastern Economic Review, 30.1.76), um Präsident *Ferdinand Marcos* zu bewegen, ein größeres Familienplanungsprogramm im Juli wieder aufzugeben, das u. a. die kostenlose Verteilung von Kondomen vorsah. N.S.

## Interview

# Glaubensverkündigung für Zweifler

## Ein Gespräch mit der Projektgruppe Glaubensinformation

Vor ungefähr sieben Jahren gründeten einige junge Theologen mit Prof. *Helmut Thielicke*, dem inzwischen emeritierten Ordinarius für Systematische Theologie an der Universität Hamburg, als *Spiritus rector* die „Projektgruppe Glaubensinformation“. Die ursprüngliche Absicht,

einmal monatlich gemeinsam Predigtentwürfe auszuarbeiten, führte zu einer großen Verkündigungsaktion in Hamburg. Aufgrund der dabei gemachten Erfahrungen startete die Gruppe mit einer großen publizistischen Offensive 1973 einen Briefkurs über Glaubensfragen. Er